

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Wirtschaftsrevue. Ausgabe D. 1946-1950 1948

28 (9.7.1948)

Das teuere Geld an der Ruhr

Kreditkrise im rheinisch-westfälischen Industriegebiet
Von unserem Korrespondenten in Düsseldorf

Die Lohn- und Gehaltssteuern, die in Nordrhein-Westfalen für ungefähr 2,75 Mill. Arbeitnehmer aufgebracht werden müssen, liegen monatlich bei 700-800 Mill. Mark. Unter den augenblicklichen Verhältnissen der Geldverknappung ist es daher für die Wirtschaft des Industriegebietes außerordentlich schwierig, diese Summen in kurzer Frist zu beschaffen. Die verantwortlichen Männer für die Geldreform haben vorgesehen, daß der erste Kredit der Privatwirtschaft durch Handelswechsel mobil gemacht werden sollte. Die Herangehen von Solawechseln hat die westfälischen Industriebetriebe nur zu vergeblichen Versuchen geführt, da bei der finanziellen Wiedereinstellung der Wirtschaft nach dem Währungswechsel besonders in Nordrhein-Westfalen nicht auf den Solawechsel zu verzichten ist. Aber auch die nachträgliche Klaffung der Militärregierungen, in beschränktem Umfang Solawechsel als Kreditgrundlage zu benutzen, reicht für die Übergangszeit der ersten Wochen nicht aus, die Wirtschaft an Rhein und Ruhr in Fluß zu bringen.

Die Depositionen der Geldinstanz in Nordrhein-Westfalen belaufen sich nach der Währungsreform noch auf ungefähr 3 Mrd. DM. Auf Grund dieses Bestandes darf nach dem Dritten Gesetz zur Ordnung des Geldwesens die Landesbank eine Bedienung einer Wechsel bis zu 300 Millionen DM vornehmen. Diese Summe reicht aber bei weitem nicht aus, um die ersten Verpflichtungen der stark leihntenswerten rheinisch-westfälischen Wirtschaft abzudecken, wozu dann nicht, wenn man berücksichtigt, daß der Wirtschaft aus der Kopfquote der Angestellten theoretisch 225 Mill. DM zugeflossen sind (in der Praxis ist diese Quote bei weitem nicht voll in Anspruch genommen worden, weil die dazu nötigen liquiden Mittel an Abgeld häufig fehlten).

Die rheinisch-westfälische Wirtschaft leidet also für den ersten Monat nach der Währungsreform folgender Situation gegenüber: die finanziellen Verpflichtungen setzen sich zusammen aus etwa 700-800 Millionen DM für Lohn- und Gehaltszahlungen. Dazu kommen noch schätzungsweise 200-300 Mill. in Unkosten zur Aufrechterhaltung des Betriebes, wie z. B. Postgebühren, Transportkosten, Telefongebühren, notwendige Anschaffungen für den Betrieb und schließlich auch Steuerabgaben. Mit einer Milliarde DM dürfte der dringlichste Bedarf eher zu niedrig als zu hoch angesetzt sein. Diesen Verpflichtungen stehen folgende Einnahmen, bzw. Kreditmöglichkeiten gegenüber: vielleicht 120 Mill. DM aus der Geschäftskopfquote der Belegschaft, rund 300 Mill. aus Bankkrediten auf Grund von Solawechseln. Der Warenwechselkredit ist nur sehr schwer abzuschätzen. Er dürfte aber keinesfalls ausreichen, um die Lücke bis zu etwa einer Milliarde Verpflichtungen auszufüllen. Der Wechselkredit ist vorläufig nach verhältnismäßig selten, weil angesichts der noch immer gefüllten Währungs- und Geschäftskasse sich davon schenken, jetzt schon Wechsel zu akzeptieren für spätere Warenlieferungen. Da auch die eingehenden Barbeiträge vorläufig nur sehr spärlich zu den Banken abfließen, sind mehrere 100 Mill. DM vorläufig nicht zu beschaffen, die zwar als zwingende

Verpflichtung für die nächsten 4 Wochen bestehen bleiben, für die jedoch andererseits nach dem bestehenden Vorschriften kein Kredit beschafft werden kann.

Es leuchtet selbstverständlich auch den Regie führenden Militärregierungen ein, daß die rheinisch-westfälische Wirtschaft, die besonders unter dem Geldmangel leidet, unter dem Deflationdruck der Kreditknappung in den nächsten Wochen nicht zum Erliegen kommen darf. Es müssen daher Auswege für eine zusätzliche Kreditbeschaffung im Industriegebiet gesucht und gefunden werden. Zur Zeit werden feierhafte Verhandlungen zwischen allen Beteiligten geführt. Wenn sich auch noch nicht mit Sicherheit voraus sagen läßt, wie der notwendige Ausweg gefunden werden soll, so scheint doch eine einmalige Ausnahmeregelung für

Nordrhein-Westfalen bezüglich der Höhe der Solawechsel ins Auge gefaßt zu werden. Dieser Ausweg wird unvermeidlich sein und braucht sich keineswegs die neue Währung zu gefährden, wenn erstens strenge Maßstäbe angelegt und zweitens nach einer Übergangsfrist Zug um Zug durch Warenwechsel abgeleitet werden. Diese Lösung ist vor allem für die Grundstoffindustrie an Rhein und Ruhr sehr wünschenswert. Es wäre sonst zu befürchten, daß die Erhöhung der Kreditgrenze die größtenteils auf die günstige psychologische Wirkung der Geldreform zurückzuführen ist, durch vergebliche Lohnzahlungen wieder ins Stocken gerät.

Die Notwendigkeit der erhöhten Kreditaufnahme bedeutet für die rheinisch-westfälische Wirtschaft aber auch eine erhebliche zusätzliche Belastung der

Gesamtwirtschaft ihrer Produktion. Der Kredit ist in Nordrhein-Westfalen teurer als in den anderen Ländern Westdeutschlands. Die Militärregierungen sind nicht damit einverstanden gewesen, daß die westdeutschen Länderbanken einheitliche Bedingungen für die Kreditvergabe aufstellen. Im Industriegebiet wird sich der Wechselkredit auf 7% bis 8% belaufen. Solawechsel sind natürlich noch teurer und dürfen an 10% herankommen. Aus Hamburg wird z. B. gemeldet, daß dort die Kreditbedingungen jetzt schon günstiger sind als an der Ruhr. Auch die Lohn- und Gehaltsforderungen zum Juni-Umlauf sind in Hamburg im allgemeinen voll beglichen worden, während sich die Belegschaften sowohl im eigentlichen Industriegebiet als auch in Düsseldorf und Köln zunächst mit Abschlagszahlungen von etwa 30-40% zufrieden geben mußten. Der größere Rest soll bis spätestens zur Monatsmitte nachgezahlt werden. Der Ruhrgebiet, der etwa etwa 120 Mill. DM Lohn- und Gehaltsgehälter im Monat benötigt, hat, wie schon gemeldet, vorläufig nur Abschlagszahlungen zwischen 20 und 30 DM je Belegschaftsmitglied ausbezahlt.

den, kurzfristige Betriebsmittelkredite inläufig in Zukunft von den Banken beschafft werden.

Stahlmangel im Ruhrgebiet

Vom März bis Mitte Juni 1948 sind nach Mitteilung der JEIA für 500.000 Dollar Eisenröhre und für 8,86 Mill. Dollar Manganerze in die Doppelzone eingeführt worden. Hierdurch wurde vor allem eine Verbesserung der Stahlzuteilungen für den Bergbau angestrebt. Die zugekauften Stahlmengen an den Ruhrkohlenbergbau sind in den letzten Wochen erheblich hinter dem als notwendig erkannten Anforderungen zurückgeblieben. 1944 standen nur tatsächliche Zuteilungen von 136.000 Tonnen einer Anforderung von 150.000 Tonnen gegenüber. 1947 wurden 403.000 Tonnen zugeteilt, aber 501.000 als notwendiger Bedarf angefordert. Für die erste Hälfte des laufenden Jahres ist die Zuteilung weiter zurückgegangen auf nur 187.000 Tonnen, während ein Bedarf (einsch. Überhang aus 1947) von 283.000 Tonnen besteht. Erhöhte Stahlzuteilungen würden sich jedoch wie aus Kremlen der heilich-amerikanischen Kontrollgruppe mitgeteilt wird, nicht sofort und unmittelbar auf die Höhe der Kohlenförderung auswirken. Man hofft, daß die Zusage der JEIA, im Laufe eines Jahres für 36,5 Mill. Dollar Erze nach Westdeutschland zu importieren, sich auf lange Sicht für die Stahlversorgung des Ruhrgebietes günstig auswirken werde.



RUHR-KOHLNFÖRDERUNG
Tagesdurchschnitt in 1000 t

230.000 t	300.000 t
I. Halbjahr 1947 244,3 t	
I. Vierteljahr 1948 282,5 t	
Monat April 268,3 t	
Monat Mai 257,1 t	
Monat Juni 275,4 t	
1. Juli 284,3 t	
2. Juli 283,4 t	
3. Juli 284,7 t	

und Öffens Dichtungen, gebraucht wurde. Die Bayer-Werke stillten monatlich 80 Tonnen Perbuna her.

600.000 t luxemburgisches Erz für die Doppelzone

Köln. Zum erstenmal seit Kriegsende haben die Hüttenwerke des Ruhrgebietes 600.000 t luxemburgisches Erz für den Jahresbedarf 1948 fest angekauft. Nach einer Mitteilung des luxemburgischen Außenhandelsministeriums wurden im April 85.000 t und im Mai 47.000 t Erz im Ruhrgebiet geliefert.

600.000 t Lebensmittel für die Doppelzone

Frankfurt. Im Juni wurden 600.000 t Lebensmittel in die Doppelzone eingeführt. Nach dem vorliegenden Ablieferungsplan für dieses erste Viertel wurden in der Doppelzone seit dem 1. Juli 1947 rund 3 Mill. t Getreide abgeliefert. Der Zweimächterkonsortium rechnet nicht damit, daß von der Ernte 1947 noch wesentliche Ablieferungen erfolgen werden.

Die britische Militärregierung gibt bekannt, daß sich der Exportpreis für westdeutsche Kohle zur Zeit auf 16,48 Dollar je Tonne für Duisburg oder Seehafen beläuft.

Lieferungen stellt Buna-Erzeugung ein

Auf Anordnung der britischen Militärregierung haben die Bayer-Werke in Leverkusen am 30. Juni die Produktion von Buna eingestellt. Perbuna ist ein Buna-Spezialerzeugnis, das für technische Sonderwerke, wie Benzin-

Preiserhöhung und Rationalisierung

Die Selbsthilfe der Eisenindustrie im Ruhrgebiet

dd. Die Grundstoffindustrien müssen am längsten warten, bis die investierten Kosten in Form von Geld wieder zurückfließen. Die Zweige der Weiterverarbeitung in der Eisen- und Stahlindustrie können erst dann ihren Verpflichtungen den Stahlwerken gegenüber nachkommen, wenn der Handel seine Rechnungen beglichen hat, der seinerseits zuerst wieder Kundennachnahmen verbucht haben muß. Je weiter also der Weg von der Produktion zum letzten Verbraucher ist, um so länger dauert es, bis das verauslagte Geld wieder in die Kassen zurückkommt.

Diese Tatsache macht sich besonders nach der Währungsreform stark bemerkbar, da jede Fabrik stark angewiesen ist, möglichst schnell wieder in den Besitz der Produktionskosten zu kommen. Denn es müssen nicht nur die Arbeiter bezahlt, sondern auch die Vorbereitungen für die Fortsetzung der Produktion mit neuem Geld getroffen werden. Kredit wird nur sehr sparsam gewährt werden, so daß jedes Unternehmen auf Selbsthilfe sinnen muß. Für die westdeutsche Schwerindustrie an der Ruhr sind solche Überlegungen von entscheidender Wichtigkeit. Die Währungsreform bedeutet eine scharfe Zurechtweisung der Zechen und Hüttenwerke, weil nun eine klare Entscheidung getroffen werden muß über die Grundlagen der weiteren Arbeit.

Keine Subventionen mehr

Höher haben sowohl die Kohlengruben als auch die Eisen- und Stahlwerke hohe Subventionen aus öffentlichen Mitteln erhalten. Seit dem Währungswechsel sind für die Ruhrkohle rund 3 Milliarden für die Eisen- und Stahlindustrie über eine Milliarde Reichsmark Zuschüsse gewährt worden. Bereits vor der Währungsreform mußte dieses System einer volkswirtschaftlich höchst untraglichen Subventionwirtschaft aufgegeben oder doch wenigstens entscheidend gemindert werden, wenn man nicht empfindliche Dauerlöcher für die gesamte Wirtschaft in Kauf nehmen wollte. Die Subvention wurde bis auf

geringe Überbleibsel beendet durch die im April 1948 erfolgte beträchtliche Herabsetzung der Preise für Kohle und Stahl. Aber trotzdem ist auch damit die Rentabilität der Schwerindustrie an der Ruhr noch nicht völlig wiederhergestellt worden. Die Kohlengruben stellen weiter eine Subvention von drei Mark je Tonne (bisher 13 Mark) erhalten, bis ihre Wirtschaftlichkeit durch innerbetriebliche Maßnahmen verbessert wäre. Die Eisen- und Stahlindustrie sollte ebenfalls durch Verbesserung der Arbeitsmethoden allmählich zum völligen Bilanzgleich gebracht werden.

In dieser Situation wurde die Schwerindustrie im rheinisch-westfälischen Industriegebiet von der Währungsreform überrollt. Die zu erwartenden finanziellen Schwierigkeiten der öffentlichen Haushalte lassen eine weitere Subventionierung der Zechen und der Stahlwerke von vornherein aus der Diskussion ausscheiden. Es bleibt also nur der Weg der Selbsthilfe, d. h. der Zwang zur weiteren Rationalisierung um jeden Preis, um die Schwelle von der Verlustwirtschaft zum Bilanzgleich zu überschreiten.

Dieser Weg der Selbsthilfe kann jedoch nur mit Erfolg beschritten werden, wenn die Voraussetzungen zur Betriebsrationalisierung gegeben sind. Es müssen also die Zulieferbetriebe für den Bergbau instand sein, die Versorgung mit Stahl und eisnerzeugnissen ausreichend sein und schließlich muß auch an der notwendigen Erneuerung der Maschinen gedacht werden, wenn die Kohlenförderung steigen, das heißt die freien Kosten je Produktionsleistung verringert und die gesamten Herstellungskosten niedriger werden sollen.

Nachmalige Preiserhöhung

In einer ähnlichen Lage befindet sich die Eisen- und Stahlindustrie, allerdings mit dem Unterschied, daß die Voraussetzungen für das Gleichgewicht von Kosten und Einnahmen vorläufig noch weniger gefährdet sind als bei der Kohle. Wie wir schon berichtet haben, muß

die Eisenindustrie ihre Erze seit dem 1. April zu erhöhtem Preis beziehen, so daß die nunstandenen Preiserhöhungen für Rohstahl weitgehend wieder wettgemacht werden. Bei Stahlstahl wirkt sich die Erzeerzeugung mit etwa 22-25 Mark je Tonne aus. Daß eine solche Erhöhung der Kosten nicht von den Hüttenwerken getragen werden kann, liegt auf der Hand. Es sind daher zur Zeit Verhandlungen im Gange, die einen Ausweg suchen. Wahrscheinlich werden mit der Aufhebung des Preisstopps die Preise für die Erzeugnisse der weiterverarbeitenden Eisenindustrie weiter ansteigen müssen, um die Grundlagen zur Produktion kostenmäßig zu sichern.

Die rheinisch-westfälische Grundstoffindustrie erwartet überhaupt von der generellen Erhebung des Preisstopps eine erhebliche Verbesserung ihrer Kostensituation. So einseitig auch die Preissteigerungen für die einzelnen Erzeugnisse der Eisenbranche sein mögen, so müssen diese Opfer doch in Kauf genommen werden, damit überhaupt die Produktion gesichert ist.

Wenn also Kohle und Eisen nunmehr eine scharfe Wendung zur Selbsthilfe über innerbetriebliche Rationalisierung und Preiserhöhungen machen und den Gedanken an Subventionen aufgeben müssen, so lautet auch schon hier und da der Gedanke an ausländische Anleihen auf. Es wird auf die Dauer nicht zu vermeiden sein, daß die Schwerindustrie an der Ruhr frisches Geld in Form von ausländischem Kapital erhält. Es besteht kein Anlaß, eine solche Entwicklung mit Gewalt verhindern zu wollen, zumal da sowohl Arbeitgeber als auch Arbeitnehmer fast einhellig sind, Gruben und Hütten niemals mehr für eine Aufrichtung mühsam zu lassen. Anknüpfungspunkte für ausländische Rohmaterialien zu sehen und der Wunsch ist hierbei noch Vater des Gedankens. Wenn jedoch eines Tages Auslandsleihen für das Ruhrgebiet wieder diskutiert werden, dann kann es sich nur um langfristige Aufbaumittel handeln.

Berlin: Folgen der Abschneuerung

Unterbrochener Warenaustausch der Sektoren

Die russische Blockade Berlins erweist sich allmählich als Barriere, wozu die zunehmende Besatzungsmacht zweifeln nicht geschont hat. Das Ausbleiben der Rohstofflieferungen zwingt jetzt dazu, politische Kohle zur den sowjetischen Sektor Berlins und die Ostzone heranzubringen, jedoch ist diese Kohle nur in beschränktem Umfang industriell verwertbar, weil Oberkohle nur über wenig gute Koksöfen verfügt und zudem die verfügbaren Mengen beschränkt sind. Auch die fehlenden Stahllieferungen des Westens können aus ähnlichen Lieferungen nicht ersetzt werden. Das Fehlen der korbartigen Lieferungen anderer Erzeugnisse aus dem Westen wird bald erhebliche Wirkungen auf die Industrie der russischen Ostzone auslösen, selbst der Ostsektor Berlins wird manches Erzeugnis vermissen, das bisher aus den Westsektoren der Stadt kam, wie insbesondere elektrotechnische Erzeugnisse und Zulieferungen.

Die Nachteile der radikalen Demontagen in der Ostzone werden sich unter den gegenwärtigen Umständen bald ähnelnd für die Ostzone verknüpfte Investitionsprogramm bemerkbar machen. Man kann eben einen einseitigen Wirtschaftskreislauf, wie es die deutsche Industrie war, nicht im politischen Bereich oder weltanschaulicher Gegensätze willen erzwingen, ohne daß Störungen auf beiden Seiten eintreten. In dem für die Ostzone aufgestellten Wirtschaftsplan für 1948 wird ausdrücklich gesagt: „Der Rohstoffmangel ist das brennendste Problem, das die Industrie unserer Zone im Jahre 1948 und in der nachfolgenden Zeit zu lösen hat. Dieses Problem kann und muß jedoch gelöst werden. Besondere Aufmerksamkeit muß auch auf die Lösung des Eisen- und Metallproblems gerichtet werden.“ Die wirtschaftliche Lage der Ostzone ist demnach von überaus schwieriger Natur, hat einen äußerst akuten Eisen-, Stahl- und Metallmangel geschaffen, der die Wiederherstellung und Erweiterung der Industrie wie auch des Transportwesens hemmt. Dieses Problem kann nur auf der Grundlage einer weiteren intensiven Wiederherstellung von Hüttenbetrieben in der Sowjetzone und einer umfassenden Ausnutzung des Schrotts für die Produktion gelöst werden.

Die Aufgaben, die man sich gestellt hat, sind groß, ob sie angesichts der gegenwärtigen Situation gelöst werden können, ist eine andere Frage. Die Beinkohlenförderung soll um 17% gegenüber 1947 erhöht werden, ohne daß eine konkrete Zahl genannt wird. Die Braunkohlenförderung — ein Braunkohle ist die Doppelzone bekanntlich sehr reich — soll bis 1950 auf 123 Mill. t (1947 107,2) des Jahres 1950 gebracht werden. 1949 sollen zu diesem Zweck sieben Kohlengruben wieder hergestellt und neue Gruben angelegt werden, wobei daran zu erinnern wäre, daß im nordwestdeutschen Braunkohlengebiet die größten und wertvollsten Abbaubetriebe der Demontage verfähen waren. Die Hüttenzeugung soll bis 1950 auf 810.000 t gebracht werden, die Beiseinerzeugung auf 380.000 t. Die Wasserstoffzeugung auf 650.000 t. Das sind die Pläne, für die zuerst nach dem Demontagen der Verknüpfung des Warenaustausches fehlen. Solche unter den besten Umständen neu zu schaffen, dürfte kaum eine einfache Aufgabe sein. Ganz abgesehen da-

Am Ausgang: Von einem Hindernis zum anderen

Die Westmächte verhandeln, um für den Kampf gegen die Blockade Berlins eine gemeinsame Politik auszumachen. Es liegen eine Reihe von Vorschlägen und Plänen vor, welche die Generalstabs- und Vertriebsexperten und die Sachverständigen für deutsche Fragen in den Hauptquartieren der westlichen Alliierten eingeleitet haben. Die Verhandlungen, deren Schwerpunkt augenblicklich in London liegt, zielen darauf ab, nicht nur die nächsten Schritte zur Versorgung der Berliner Bevölkerung in den Westsektoren festzulegen, sondern Pläne für eine Politik auf lange Sicht zu vereinbaren. Vorläufig sind die Westmächte übereingekommen, gemeinsam Noten an die Adresse Moskau zu richten, in denen sie die Forderung aufstellen, die Blockade von Berlin aufzuheben, die Landverträge zwischen Berlin und Westdeutschland ohne weiteres Verzug wieder herzustellen und alle Angriffe gegen die westliche Bevölkerung einzustellen. In den Noten kommt weiter zum Ausdruck, daß man in Washington, London und Paris grundsätzlich bereit ist, mit den Russen über alle existierenden Schwierigkeiten zu verhandeln, doch erst nach der Aufhebung der Blockade, also nicht unter Zwang.

Man ist also durchaus bereit, sich mit den Russen erneut an den Konferenzstisch zu setzen. Allerdings gehen die drei Regierungen nicht so weit, von sich aus eine neue Konferenz der Außenminister vorzuschlagen. Sie wollen erst gewillt sein, daß die Schwierigkeiten in Deutschland objektiv erörtert werden. Dagegen sind die Westmächte geneigt, der Sowjetunion vorzubilligen, Rechte in Westdeutschland und in Berlin für sich zu beanspruchen, welche sie theoretisch den Westmächten in der Sowjetzone und in Schlesien nicht einräumen gewillt ist.

Da eine Antwort aus Moskau im Augenblick noch nicht vorliegt, wird es noch einige Zeit dauern, bis die politische Entlastungsformel der Westmächte wirksam zu werden beginnt.

Über das Ziel der Politik im Falle „Berlin“ scheint jetzt Einmütigkeit vorhanden zu sein. Es bestehen keine Illusionen mehr. Die Krise soll im Vertrauen auf die eigene Kraft und die Kraft der Verbündeten gelöst werden. Wie groß diese Kraft ist, vermag niemand zu sagen. Aber es herrscht einhellige Einstimmigkeit darüber, diese Kraft einzusetzen. Nachdem die außenpolitischen Kerne der USA und Englands das Wort zur Lage in Berlin ergriffen und keine Zweifel darüber gelassen haben, daß die Berliner Positionen unter allen Umständen gehalten werden, ist es offensichtlich, daß man sowohl in Washington, wie in London erkannt hat, wie gefährlich die im jetzigen Dilemma hier und dort gutgläubig verbreitete Ansicht war, die zum Ausdruck brachte, daß man gegen die Russen in Berlin nichts ausrichten könne und es deshalb das Beste sei, sich mit Geduld abzuwarten bis Prinzipienfragen aus der Affäre zu ziehen. Heute sind sich alle verantwortlichen Politiker der westlichen Hauptstädte — nach ihren eiserne Reden zu schließen — klar darüber, daß Nachgeben einen unwiederbringlichen Preisverlust bedeuten würde. Die Milliarden Dollar, welche die USA im Rahmen des Marshall-Plans für Westeuropäer bereitgestellt haben, wären heranzugewonnen, wenn gleichzeitig das Vertrauen der europäischen Völker in den Schutz der Vereinigten Staaten durch die Operation der Berliner Luftbrücke gemacht würde. Man weiß heute, daß es nicht nur um höhere Grundstoffe, sondern um die eigene Haut geht.

Die Fülle der Meinungen über die

Lage in der ehemaligen Reichshauptstadt bilden die Tagesgespräche der deutschen Presse. Die Vorgänge an der Spitze erscheinen sogar gesaugt zu sein. Die deutsche Öffentlichkeit von den Sorgen und Schwierigkeiten des täglichen Lebens, die durch die Währungsreform bisher noch nicht verringert wurden, abzulenken. Es ist erdrückend, dabei festzustellen, daß die politische Urteilskraft noch so weit verbreitet ist, um nicht Illusionen entstehen zu lassen. Alle Register einer Goebbelschen Beschwichtigung werden hierbei gezogen. Man spricht von der „Kessellage um Berlin“, von der „belagerten Festung“ und stellt fest, daß „Berlin wie ein Mann handle“. Nicht wenige scheinen zu hoffen, aus der Lage von Berlin, bei der außer Zweifel steht, daß die Deutschen in erster Linie die Leidtragenden sind, irgendwelchen Nutzen ziehen zu können.

Für die Behauptung Berlins muß ein hoher Preis bezahlt werden. Hunderte von schweren Flugzeugen fliegen täglich für die Luftbrücke nach Berlin. Die britischen Verteidigungsminister kosten allein England die Versorgungslage täglich 600 Pfd. = 100.000 Schweizer Franken. Mit derselben wissenschaftlichen Exaktheit, wie einst die Flüge der Tausend-Bomber-Geschwader, wird heute die Versorgung der westlichen Sektoren Berlins durchgezählt. Bereits spricht man davon, daß auch das bisher schwierigste Problem, der Transport der erforderlichen Mengen an Kohle und Benzin über die Luftbrücke gelöst werden müsse. Die Militärregierung von Bayern hat das Landwirtschaftsamt angewiesen, die erforderlichen Stände für den Transport von Kohle vom Flughafen Fürstfeldbrunn nach Berlin zu beschaffen. War aus den Erfahrungen des zweiten Weltkrieges weiß, wie schwierig es war, große Truppeneinheiten aus der Luft zu versorgen, darf man ermesnen, was es bedeutet, die Winterversorgung von 3 1/2 Millionen Menschen aufrecht zu erhalten. Es scheint uns das eine beinahe unlösbare Aufgabe. Wenn wird man eines Tages

die Rechnung für den verflochtenen Spirt präsentieren?

Neben dem Fortgang des Berliner Experimentes wäre zu verzeichnen, daß die durch General Keenig für den 1. August bekanntgegebene wirtschaftliche Versöhnung der Französischen Zone mit der Doppelzone einen weiteren Schritt auf dem Wege zur westdeutschen Konsolidierung darstellt. Dagegen ist die Realisierung des Marshall-Planes in dem verschiedenen Hauptstädten der beteiligten Mächte auf Schwierigkeiten gestoßen, die, wenn sie auch nicht überbrückt werden sollen, doch eine Aufmerksamkeit verdienen. Ausgebrochen scheitern zwischen Washington und mehreren europäischen Regierungen Verhandlungen zur Abänderung der Forderungen, die in den meisten Ländern noch Gegenstand einer schwierigen parlamentarischen Debatte sind.

Auch die finnische Innenpolitik hat neben dem Wiederaufleben der Kämpfe in Palästina und den ergebnislosen Verhandlungen des Grafen Bernadotte wieder einmal für ein paar Tage das Interesse der Welt erregt. Die volkswirtschaftliche Niedriglage hat den Reichstagswahlen in ein erneutes Beweisen dafür, daß das finnische Volk nicht bolschewisiert werden will. Dies scheint auch für die jugoslawischen Bauern zu gelten. Über die Gründe des Konfliktes zwischen Tito und dem Komintern haben berufene Beobachter eine Fülle von Theorien zusammengetragen, ohne daß jetzt schon gesagt werden kann, dieser oder jener Faktor sei der springende Punkt. Das es sich um einen Gegensatz persönlicher Art handelt, unter dem Göttern des bolschewistischen Olympos herrscht niemals volle Einigkeit. Stalin hat es von jeher verstanden, die Unstimmigkeit der Parteilager für seine Zwecke auszunutzen. Verschiedene Ansichten glauben daraus resultieren zu können, daß die Meinungsverwirrlichkeiten zwischen Tito und der Komintern — sprich Schdanow — einer wohlüberlegten Taktik des Kremles entsprechen.

